

Foto: Screenshot/privat



Dr. Christoph Humrich von der Universität Groningen zählt zu den Referenten beim Online-Seminar des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen

Sicherheitspolitik im Eis – unterschätzte Arktis

Keine Region der Welt hat sich in den vergangenen 50 Jahre aufgrund des menschengemachten Klimawandels so stark erwärmt wie die Arktis. Diese Entwicklung hat Einfluss auf die internationale Gemeinschaft, Ökosysteme, Ressourcennutzung und Lebensstile. Auch auf sicherheitspolitischer Ebene sind Entwicklungen in der Region nicht folgenlos und werden kontrovers diskutiert.

Die dreitägige Online-Seminarreihe des Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH), in Kooperation mit dem Zentrum Informationsarbeit der Bundeswehr (ZInfoABw), widmete sich den sicherheitspolitischen Herausforderungen in der geopolitischen Arena der Arktis. 30 Studierende und junge Graduierte verschiedenster Fachrichtungen diskutierten gemeinsam mit den Referenten Dr. Michael Paul (Stiftung Wissenschaft und Politik), Dr. Christoph Humrich (Universität Groningen) und Fregattenkapitän Jörg-Dietrich Nackmayr (NATO Centre of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters). Die inhaltlich diversen Einblicke der Referenten aus wissenschaftli-

cher Forschung und Praxis, motivierten zu kontroversen Diskussionen der regionalen Dynamiken.

Die durch das schmelzende Eis in der Arktis zugänglichen Seewege ermöglichen einen erweiterten Zugang zu Ressourcenbeständen. Auch dadurch haben in den vergangenen Jahren insbesondere die Akteure USA, Russland und China ihre sicherheitspolitischen Ambitionen neu definiert. Während die US-Regierung unter Präsident Barack Obama die internationale Zusammenarbeit und Konfliktfreiheit förderte, weicht die Trump-Regierung weitestgehend von einer kooperativen Arktispolitik ab und wirft den Akteuren Russland und China verstärktes militärisches Engagement in der Arktis vor. Sehr unterschiedliche Einschätzungen gab es zum Auftreten Russlands.

Während einerseits argumentiert wurde, dass Russland sich, anders als andere Anrainerstaaten, mit seinen Forderungen in den Verhandlungen zurückhalte, wurde ebenso dessen verstärktes militärisches Engagement hervorgehoben. Die Volksrepublik China, die im Rahmen der Belt and Road Ini-

tiative (BRI) auch das Nordpolarmeer als wichtigen Korridor betrachtet, sieht sich selbst als „Fast-Arktisstaat“. Die Referenten betonten die intensiven chinesisch-isländischen Beziehungen und Versuche chinesischer Einflussnahme durch Investitionen in Grönland. Grönland, das sich in einer strategisch günstigen geopolitischen Lage in der Arktis befindet, werde von China und den USA umworben.

Braucht die Arktisregion eine eigene Sicherheitsinstitution?

Bislang war die Arktis von einem hohen Maß an Kooperation geprägt. Grenzstreitigkeiten wurden weitestgehend bilateral beigelegt. Auch das Forum des Arktischen Rats trug maßgeblich zu einer friedlichen Kooperation bei. Dieses dient der Diskussion regionaler Fragen zu Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung. Sicherheitspolitische Themen sind explizit ausgeschlossen, weshalb auch die Notwendigkeit einer arktischen Sicherheitsinstitution diskutiert wurde. Während einige der Referenten die Mandatserweiterung des Arktischen Rats um militärische Sicherheit unterstützen, wurde von anderen explizit davor gewarnt, die bestehende friedliche Zusammenarbeit aller Parteien aufs Spiel zu setzen.

Als wahrscheinlichstes Konfliktszenario wurde daher eine unerwünschte Eskalation eines Zwischenfalls durch die aufgeheizte Großmachtkonkurrenz zwischen Russland und den USA eingestuft. Riskant für die Arktis seien insbesondere außer-arktische Spannungen durch nationale Politisierung und Perzeptionswandel. Ein aktuelles Konfliktszenario mit der Arktis als Austragungsort schätzten die Referenten jedoch als unwahrscheinlich ein. Einer der Referenten wandte ein, dass in ressourcenreichen Gebieten Einigkeit und Rechtssicherheit eine schnelle Konfliktbeilegung möglich mache. Sicher sei, dass Entwicklungen in der Arktis die gesamte internationalen Gemeinschaft betreffen und damit durch die breite Gesellschaft kontrovers diskutiert werden sollten.

Lisa Behrens